
FDP Steinbach (Taunus)

ERGÄNZUNGSANTRAG FÜR DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG: KRONBERGER STRASSE

07.02.2019

Ergänzungsantrag Kronberger Straße

Die Fraktionen von FDP und SPD in der Steinbacher Stadtverordnetenversammlung begrüßen den von der Union eingebrachten Antrag zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Kronberger Straße. Seit geraumer Zeit befinden sich die FDP- und SPD-Fraktionen durch individuelle Begehungungen und Bürgerdialogstände im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei hat sich gezeigt, dass gerade in diesem Gebiet die Anwohnerinnen und Anwohner unterschiedliche Ideen und Ansichten zu verkehrs- und belastungstechnischen Veränderungen in ihrem Quartier haben.

Im Spätherbst haben die beiden Bürgermeisterkandidaten Moritz Kletzka (SPD) und Astrid Gemke (FDP) schon länger bestehende Ideen und neue Anregungen erhalten und entsprechend kommuniziert. „Bei den Vorschlägen geht es oftmals im ersten Schritt gar nicht um die Machbarkeit – es geht darum, dass Überlegungen zu Ideen werden und danach Lösungsansätze folgen, die umgesetzt werden“, so die beiden Kandidaten Astrid Gemke (FDP) und Moritz Kletzka (SPD).

Das „Werden“ oder die Umsetzung muss dann im Einzelfall durch die Verwaltung, bzw. durch die entsprechenden Behörden geprüft werden. Erfreut waren beide Kandidaten von der Vielzahl an Vorschlägen und deren unterschiedlichen Ausrichtungen.

Besonders die verschiedenen Auffassungen der Bürger haben innerhalb der Koalition zu unterschiedlichen Bewertungen geführt. Als Konsequenz daraus hatten sich beide Fraktionen darauf verständigt, das Thema Kronberger Straße nicht weiter primär im Bürgermeisterwahlkampf einfließen zu lassen, sondern unbelastet davon eine Initiative in

der Sommersitzung des Stadtparlamentes einzubringen.

Dass nun dieser Antrag schon zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2019 eingebracht wurde, tut der Sache in ihrer soliden Ausarbeitung sicherlich keinen Abbruch.

Aber die Koalition möchte die bisherigen Ergebnisse der Bürgergespräche miteinfließen lassen. Warum? Den Bürgern ist es wichtig zu erfahren, warum ihre Ideen gut oder rechtlich nicht umsetzbar sind. Daher wollen wir dem Antrag eine bisher unbewertete Liste von Anregungen beifügen, die zusätzlich geprüft werden und deren Bewertung und Machbarkeit im Nachgang öffentlich dargestellt werden soll.